

Landespressekonferenz 09.05.2014

Lehrereinstellung 2014:

Baden-Württemberg verliert den Kampf um die besten Köpfe

Lehrereinstellung 2014:

- **Stellenstreichungen gefährden Erhalt des Bildungsangebots in der Fläche**
- **Umfang der schulbezogenen Stellenausschreibungen ist mit ca. 60 % viel zu gering**
- **Absenkung der Eingangsbesoldung um 8 % benachteiligt baden-württembergische Lehramtsbewerber**
- **Besoldungsabschlag auch bei länderübergreifenden Versetzungen ist ein Anachronismus**
- **Entlassung von Vertretungslehrern und Referendaren im Juli und Wiedereinstellung im September ist sozial nicht zu vertreten**

Zu den Fakten:

Zum Schuljahresende werden voraussichtlich 710 Deputate durch Pensionierungen, Beurlaubungen, Deputatsreduzierungen etc. frei, davon 580 Stellen für wissenschaftliche Lehrer. Im Staatshaushaltsplan sind 156 Stellen mit einem kw-Vermerk (künftig wegfallend) versehen.

Dies haben zwar die Vorgängerregierungen zu verantworten, treffen aber die beruflichen Schulen heute. Damit sind nach heutigem Stand nur 554 Stellen besetzbar. Hiervon haben die Schulen 350 Stellen schulbezogen ausschreiben dürfen. Ein Großteil dieser Stellen ist besetzt. Einzelne Stellen von Spezialisten konnten bisher nicht besetzt werden. Diese sollen offenbar erneut ausgeschrieben werden. Die restlichen Stellen (ca. 200 Stellen) werden über ein zentrales Listenverfahren, das im Juni stattfindet, besetzt.

Das geplante Einstellungskontingent ist völlig unzureichend:

- Zwar konnte das Unterrichtsdefizit einerseits durch Stellenumschichtungen andererseits durch die Reduzierung von Kleinklassen reduziert werden, aber es beträgt immer noch 2,2 %. Damit ist durch die Lehrerzuweisung nicht einmal der volle Unterricht nach den Stundentafeln (also nicht einmal der volle Pflichtunterricht) abgedeckt. Ergänzende Unterrichtsangebote sind so nicht möglich bzw. gehen zu Lasten des Pflichtunterrichts. Dieser Sachverhalt wird durch die amtliche Schulstatistik verschleiert.
- Eine weitere Reduzierung der Kleinklassen führt zu einer Ausdünnung des Bildungsangebots in der Fläche.
- Nach wie vor schieben die Lehrkräfte eine Überstundenbugwelle im Umfang von 1.800 Deputaten vor sich her. Es wird schon als Erfolg gefeiert, wenn sie nicht weiter steigt. Von einem Abbau sind wir noch lange entfernt.
- Für inklusive Beschulung von Behinderten mit Nichtbehinderten benötigen die beruflichen Schulen nach Berechnungen des Kultusministeriums 800 zusätzliche Stellen. Eine entsprechende Kabinettsvorlage wird aber unter Verschluss gehalten.
- Auf freiwerdende Ressourcen durch zurückgehende Schülerzahlen zu setzen, erweist sich als ausgesprochen spekulativ. So sind im laufenden Schuljahr – entgegen der Prognose des Statistischen Landesamtes – die Schülerzahlen nicht gefal-

len, sondern gestiegen. Auch für das kommende Schuljahr rechnet der Berufsschullehrerverband nicht mit einer deutlichen Reduzierung der Schülerzahlen.

- Die Zuwanderung nach Baden-Württemberg, insbesondere aus osteuropäischen EU-Ländern wie Rumänien, Bulgarien und Ungarn, hält unvermindert an. Hinzu kommen geschätzte 15.000 Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten. Hiervon sind ca. 3,5 % berufsschulpflichtig.
- Darüber hinaus warten die Schulen schon lange auf einen Ausgleich für Abordnungen von Lehrkräften an Seminare, Akademien, Schulbehörden, die allesamt auf Kosten der Unterrichtsversorgung gehen.
- Durch das neue Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) wurden die Anrechnungen für die schulischen Personalräte erheblich ausgeweitet. Leider hat man versäumt, den Schulen die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung zu stellen, so dass dies ebenfalls zu Lasten der Unterrichtsversorgung geht.

Deshalb ist zwingend erforderlich, alle freiwerdenden Stellen wieder zu besetzen. Eine Kürzung der Stellen – wie vorgesehen - um 22 % können wir keinesfalls akzeptieren.

Eine Wiederbesetzung aller freiwerdenden Stellen sichert jedoch nur den Status quo. Zusätzlich müssen für die beruflichen Schulen noch weitere 400 Stellen zur Verringerung des strukturellen Unterrichtsdefizits und zum Einstieg in den Abbau der Überstundenbugwelle (ca. 1.800 Deputate) bereitgestellt werden, was übrigens auch einer Forderung der Enquetekommission des Landtags („Fit für das Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“) entspricht. In Fragen der Inklusion und des Ganztagsbetriebs erwarten die Beruflichen Schulen Gleichbehandlung mit den allgemein bildenden Schulen. Nachdem das Kultusministerium für die Umsetzung der Inklusion im Bereich der beruflichen Schulen einen Bedarf von 800 Stellen errechnet hat, fordert der BLV für das kommende Schuljahr eine erste Tranche in Höhe von 100 Deputaten.

Damit gliedert sich unsere Stellenforderung wie folgt:

Wiederbesetzung aller freiwerdenden Stellen	710 Stellen
Zusatzstellen wie durch Enquetekommission vorgeschlagen	400 Stellen
Einstieg in Inklusion (als erste Tranche)	100 Stellen
<u>Ausgleich für erhöhte Personalratsfreistellungen</u>	<u>40 Stellen</u>
Stellenforderung insgesamt	1.250 Stellen

Allerdings ist nicht nur die Stellenanzahl ein Problem; auch die Einstellungsmodalitäten sind untragbar.

- Die Einstellungsangebote im zentralen Listenverfahren werden erst Anfang Juni verschickt und die erforderlichen Beteiligungsgespräche an den Schulen erst ab 23. Juni durchgeführt. Wenn die Bewerber so lange über Einstellungsmöglichkeit und Beschäftigungsort im Ungewissen gelassen werden, führt dies dazu, dass die besten Bewerber berufliche Angebote in anderen Bundesländern annehmen. **Damit wird Baden-Württemberg den Kampf um die besten Köpfe der beruflichen Bildung verlieren.**
- Die Referendare im Juli 2014 in die Arbeitslosigkeit zu entlassen um sie dann Mitte September 2014 wieder einzustellen, ist unsozial.
- Werden dann die jungen Lehrkräfte endlich Mitte September eingestellt, mutet ihnen das Land in den ersten drei Dienstjahren als Sparbeitrag zur Haushaltssanierung einen Besoldungsabzug von 8 % zu. **Gerade über diesen Punkt macht sich großer Unmut an den Schulen breit. Heute bringen die Berufsschullehrer ihren Unmut über die ungerechten Sonderopfer der Beamten vor dem Finanzministerium durch Aufstellen von Sparschweinen zum Ausdruck.**
- Von der 8%igen Kürzung der Eingangsbesoldung sind übrigens auch Lehrkräfte betroffen, die sich länderübergreifend nach Baden-Württemberg versetzen lassen. Dass z.B. ein Studienrat, der nach 10 Jahren Lehrtätigkeit in Ludwigshafen am Rhein in die Partnerstadt gegenüber, Mannheim, versetzt wird, 8% weniger Gehalt erhält als seine Kollegen an der gleichen Schule und mit gleicher Dienstzeit, ist

nicht nachzuvollziehen. In einer Zeit, in der wir von Freizügigkeit der Arbeitnehmer in Europa reden ist dies ein Anachronismus erster Güte.

- Ein weiteres Ärgernis ist die Praxis der Landesregierung, in den Arbeitsverträgen mit Vertretungslehrkräften eine Befristung bis zum letzten Schultag vorzusehen, sie also freizusetzen, um sie dann wieder zu Beginn des neuen Schuljahres mit neuem Befristungsgrund wieder einzustellen. Dies auch dann, wenn der neue Befristungsgrund schon im alten Schuljahr bekannt ist.

Zusammenfassend fordert der Berufsschullehrerverband (BLV):

- Wiederbesetzung aller freiwerdenden Stellen
- zusätzlich 540 Neustellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung, Abbau der Überstundenbugwelle und Einstieg in die inklusive Beschulung
- Besetzung von 80 % der verfügbaren Stellen im schulbezogenen Verfahren
- Zentrales Listenverfahren auf spätestens Mai vorziehen
- Aufhebung der 8%-igen Kürzung der Eingangsgehälter
- Abkehr von der ausbeuterischen Befristungspraxis bei angestellten Vertretungslehrkräften.

Baden-Württemberg kann seinen Spitzenplatz in Wirtschaftskraft und Innovation in Deutschland und Europa nur behaupten, wenn es über auf hohem Niveau aus- und fortgebildete Arbeitskräfte verfügt. Hierzu benötigt das Land die besten für die beruflichen Schulen ausgebildeten Lehrkräfte. Wenn das Land immer mehr die Einstellungs- und Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen verschlechtert, wird es den Kampf um die besten Köpfe verlieren.

* * *

An den beruflichen Schulen werden im laufenden Schuljahr landesweit rund 358.960 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

*

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e.V. (Berufsschullehrerverband) vertritt in Baden-Württemberg über 10.000 Lehrerinnen

Pressemitteilung – Berufsschullehrerverband Baden-Württemberg

und Lehrer.

*

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e.V. (Berufsschullehrerverband) hat im Bereich der beruflichen Schulen in allen Personalvertretungen auf Regierungspräsidiumsebene sowie im Kultusministerium die Mehrheit.

*

verantwortlich i. S. d. P.
Herbert Huber, Kniebisstr. 7a, 77767 Appenweier

Fon: 07805 910907 Mobil: 0170 5539188
Fax: 07805 910908
Mail: info@blv-bw.de

Pressereferent: Friedrich Graser Tel 0173 669 1106

Ein Foto von Herrn Huber erhalten Sie über folgenden Link:

<https://server.ibg.og.bw.schule.de/~huber/huber.jpg>